

Verwaltungs-Vorlage		Nr:	2019/034-1
Federführende Dienststelle: FG 50 - Soziales, Wohnen und Senioren -		Status:	öffentlich
		Verfasser/in:	Timo Kilian
Unterstützung der Initiative "Seebrücke schafft sichere Häfen"			
Beratungsfolge:			
<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>	<u>Zuständigkeit</u>
Öffentlich	18.11.2019	Ausschuss für Soziales, Wohnen und Senioren	Vorberatung
Nichtöffentlich	26.11.2019	Verwaltungsausschuss	Vorberatung
Öffentlich	12.12.2019	Rat	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Hansestadt Buxtehude unterstützt die Initiative „Seebrücke“. Er bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen.
2. Der Rat der Hansestadt Buxtehude ist auch weiterhin bereit, Geflüchteten - auch solchen, die in Seenot geraten sind - im Rahmen der kommunalen und rechtlichen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren, und versteht in diesem Sinne die Hansestadt Buxtehude als „sicheren Hafen“.
3. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot Geretteten muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, verstärkt die Bekämpfung der Fluchtursachen voranzutreiben und sich ebenso für eine solidarische, humanitäre europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen.

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 16.02.2019 und 25.09.2019 stellen die Fraktionen DIE LINKE und die SPD den Antrag, die Hansestadt Buxtehude soll die Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ unterstützen. Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Senioren am 25.09.2019 beraten.

Der Ausschuss hat den Grundsatzbeschluss über die Beteiligung der Hansestadt Buxtehude an der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ gefasst und die Verwaltung mit

dem Auftrag versehen, einen Vorschlag für eine gemeinsame Erklärung zu erarbeiten und dem Ausschuss vorzustellen.

Die Aufnahme aus Seenot geretteten Menschen und deren Betreuung ist eine Aufgabe des Bundes und der Länder. Den Kommunen fehlen im aktuellen Rechtssystem bisher Regelungen für die unmittelbare Aufnahme von Flüchtenden aus dem Ausland. Darum würde es sich für die Hansestadt Buxtehude um eine freiwillige Aufgabe und Ausgabe handeln, wofür im Haushalt keine Mittel eingestellt sind.

Die Hansestadt Buxtehude hat mit der Unterstützung zahlreicher Ehrenamtlicher in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt um die Integration voranzutreiben und wird dieses auch in Zukunft tun.

Die Verwaltung schlägt daher folgenden Beschlussvorschlag vor, wonach die Hansestadt Buxtehude bereit ist, Geflüchteten im Rahmen der kommunalen und rechtlichen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren.

Dazu fordert der Rat der Hansestadt Buxtehude die Bundesregierung auf, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer, sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen und appelliert an die Bundesregierung, die Unterbringung der Geflüchteten durch ein Bundesprogramm zu regeln.

Finanzielle Auswirkungen:

Anlage/n:

Tischvorlage SPD vom 25.09.2019